

Alain Bersets riskante Strategie geht auf

Der Bund wird die Kantone vorerst nicht per Gesetz zum Frühfranzösisch zwingen. Doch die Drohkulisse des Innenministers bleibt bestehen.

Raphaela Birrer

Wer hätte das vor einem halben Jahr gedacht? Als der Bundesrat auf Antrag von Innenminister Alain Berset im Juli beschloss, den Kantonen mit einem Eingriff in ihre Bildungshoheit zu drohen, schien die Situation komplett verfahren, der Konflikt unlösbar. Die Regierung schickte damals eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung, welche die Kantone verpflichten würde, eine zweite Landessprache in der Primarschule zu verankern. Die Empörung war gross – und der drastische Schritt des Bundesrats der vorläufige Höhepunkt eines jahrelangen Streits um das Frühfranzösisch. Die Romandie applaudierte; die betroffenen Deutschschweizer Kantone waren erbost. Nun hat der Bundesrat gestern entschieden, auf eine Intervention zu verzichten – vorerst. In der Vernehmlassung erhielt er zwar viel Zuspruch für einen solchen Schritt, aber die Kantone sperrten sich dagegen.

Was auf den ersten Blick wie eine Niederlage für den welschen Innenminister aussieht, ist vielmehr eine Lösung, die nur Gewinner kennt. Allen voran Berset selbst. Dieser hatte hoch gepokert, einen Konflikt zwischen der Romandie und der Deutschschweiz in Kauf genommen, eine nationale Debatte ausgelöst – aber eben auch die Kantone wachgerüttelt. Sein Kalkül: Ginge die Vernehmlassung zu seinen Gunsten aus, könnte er weiteren Druck auf die vom Sprachenkompromiss 2004 abweichenden Kantone ausüben. Dieser schreibt vor, dass die erste Fremdsprache ab dem 3., die zweite ab dem 5. Schuljahr beginnen muss.

Signal an die Abweichler

Und tatsächlich geht Berset gestärkt aus der Vernehmlassung; die Wirtschaft, die Lehrer, die Schulleiter und die Parteien von links bis in die Mitte stellten sich hinter ihn. Trotzdem beantragte der SP-Magistrat gestern dem Gesamtbundesrat, im Moment von einer Intervention abzusehen. An der Pressekonferenz begründete er das mit den kürzlich gefällten Volksentscheiden in den Kantonen Thurgau, Schaffhausen und St. Gallen. Dort hatte die Bevölkerung zwar über den Ausstieg aus dem Harnos-Konkordat oder über den Lehrplan 21 zu befinden, aber mit diesen Fragen verknüpft war auch der Französischunterricht in der Primarschule. Dass die Entscheide überall zugunsten der Reformprojekte ausfielen, wertet Berset als Zuspruch für die zweite Landessprache. Er machte jedoch gestern auch unmissverständlich klar: «Sollten sich in einzelnen Kantonen Rückschritte abzeichnen, wäre die Situation rasch neu zu beurteilen – und zwar auf der Grundlage der jetzt bereits erfolgten Arbeiten.» Sollte ein Kanton also be-



Die Idee: Französisch von der Primarschule bis zum Ende der Schulzeit. Foto: Keystone

schliessen, eine zweite Landessprache nicht durchgehend ab der Primarstufe bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit zu unterrichten, würde er die Lage neu analysieren, präziserte Berset. Angesprochen sind damit zum Beispiel Luzern, Zürich oder Graubünden, wo nächstes Jahr Urnengänge zur Fremdsprachenfrage anstehen.

Berset definiert damit die rote Linie noch eindeutiger. Weil der Französischunterricht nun bis zum Ende der Schulzeit dauern muss, sind mehr Kantone betroffen, als zuvor im Fokus standen, wie Lehrerverbandspräsident Beat Zemp sagt. «Manche Kantone bieten Französisch in der Oberstufe nur noch als Wahlfach an oder ziehen den Unterricht nicht bis zum Ende der Schulzeit durch.»

Obwohl die Drohkulisse aufrechterhalten bleibt, zeigen sich die Kantone zufrieden mit dieser Lösung. Aus dem Thurgau kommen sogar versöhnliche Töne: «Ich bin erleichtert, dass der Bundesrat diesen weisen Entscheid getroffen hat. Das versachlicht die Diskussion», sagt Erziehungsdirektorin Monika Knill (SVP). In ihrem Kanton wird sich das Parlament im Frühling wieder über das Dossier Frühfranzösisch beugen – und die nationale Debatte dürfte das Ergebnis beeinflussen. Für die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) ist der Bundesratsentscheid «die beste aller Lö-

sungen», wie Präsident Christoph Eymann sagt. «Sie verhindert einen wüsten Abstimmungskampf zwischen den Landesteilen.»

Dabei war Eymann zunächst in einer ungemütlichen Lage gewesen: Das Frühfranzösisch drohte die Deutschschweizer und die lateinischen Kantone zu spalten. In stundenlangen Diskussionen gelang es der EDK, ihre Position weitgehend zu konsolidieren und damit in die Verhandlungen mit dem Bundesrat zu treten. Und in mehreren Gesprächen tauschte sich die EDK-Spitze mit Berset aus, ehe man sich vor wenigen Wochen auf das nun beschlossene Vorgehen einigte. Eymann ist denn auch zuversichtlich, dass die anstehenden Volksentscheide in den Kantonen zugunsten dieser Strategie ausfallen werden. Im Herbst 2017 will sich Berset erneut mit Vertretern der EDK treffen, um «die Entwicklungen zu besprechen», kündigte er gestern an.

Damit kann die Romandie gut leben, wie der Walliser SP-Nationalrat Mathias Reynard sagt. Sollte ein Kanton ausscheren und die Bundesintervention dennoch zurückgestellt werden, gebe es auch den Weg über das Bundesparlament, so Reynard. Und brächte dieses Vorgehen nicht den gewünschten Erfolg, bleibe die Option einer Volksinitiative. «Darüber diskutieren parteiübergreifende Kreise in allen Landesteilen seit geraumer Zeit.»

Frappé fédéral

Bisse im Bundeshaus



Was ist für **Daniel Jositsch** noch links, was schon rechts? Man weiss es nicht so recht. Der Zürcher Ständerat ist einer jener Sozialdemokraten, die diese Woche unter

grossem Medienecho die Gründung einer Plattform für «pragmatische» SP-Mitglieder verkündeten. Kurz darauf verschickte Jositsch eine E-Mail an seine «lieben Freundinnen und Freunde», die er aufforderte, sich als Mitglieder der Plattform einzuschreiben. An welche politische Zielgruppe Jositsch dabei denkt, zeigt sein Mailverteiler: Die Einladung schickte er auch an **Rosmarie Quadranti**, Fraktionschefin der BDP im Bundeshaus. (cas)

✱

Und gleich nochmals Quadranti – aber beginnen müssen wir mit der Zürcher FDP-Nationalrätin **Regine Sauter**, einer eleganten Erscheinung. Würden wir für einmal nicht die politischen Leistungen beurteilen, sondern die stilicherste Garderobe küren, erhielte die Freisinnige beste Noten. Doch diese Woche war es anders: Diese Woche trug Sauter Pelz. Stilvoll kombiniert zwar – aber eben Pelz. Während der Session im Bundeshaus erregte die tierische Stola kein Aufsehen. Zumindest Rosmarie Quadranti scheint jedoch wenig für solche Outfits übrig-zuhaben. «Und noch was zum Nachdenken», twitterte sie am Dienstag mit Verweis auf einen Artikel. Dessen Titel: «Woher kommt der Pelz an meiner Kapuze?» (rbi)

✱

Musste **Roberto Zanetti**, SP-Ständerat aus Solothurn, an seinem Geburtstag ins Gras beissen? Wir können es dementieren. Er lebt noch. Das Gerücht setzte er selber in Umlauf, sagte er doch am Mittwoch bei der Behandlung des Finanzdienstleistungsgesetzes im Ständerat, «die Letzten beissen die Hunde», und er müsse jetzt eben «ins Gras beissen». Der Ratsprotokollant korrigierte es dann mit «in den sauren Apfel beissen». Zuvor hatte sich SP-Chef **Christian Levrat** wegen eines Interviews aus dem Saal geschlichen und Zanetti spontan dazu verknurrt, zwei Minderheitsanträge im Rat improvisiert zu begründen. (val)

✱

Verursacherin der Kapriolen war SP-Ständerätin **Anita Fetz**. Sie lag wegen einer Nebenhöhlenentzündung und Fieber im Bett und fiel als Dossierverantwortliche aus. Zuerst hätte zwar Zanetti einspringen sollen. Doch dieser zog den Joker: Er habe Geburtstag! Man könne von ihm an diesem Tag nicht gesetzgeberische Schwerstarbeit verlangen. (val)

✱

So sprang zunächst Levrat für Fetz ein – und machte prompt einen Fehler: Er verwechselte den Paragraphen, der gerade besprochen wurde. Kommissionssprecher **Martin Schmid** bemerkte dies, doch als Gentleman liess er den Rat nur zwischen den Zeilen wissen, dass Levrat im Text verrutscht war. Levrat bemerkte dies, verlangte erneut das Wort und bekannte, dass es «heute definitiv nicht mein Tag» sei. Das stimmt auch für den Antrag: Der von ihm geforderte Prozesskostenvorschuss für geschädigte Kleinanleger wurde bachab geschickt. (val)

Nachrichten

Rechtsextremismus Staatsanwaltschaft verzichtet auf Strafuntersuchung

Nach dem Neonazi-Konzert vom 15. Oktober in Unterwasser SG mit 5000 Besuchern führt die St. Galler Staatsanwaltschaft keine Strafuntersuchung durch, wie sie gestern mitgeteilt hat. Es fänden sich «keine Anhaltspunkte für ein strafbares Verhalten der unbekannteren Täterschaft». In der Strafanzeige der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, den eingereichten Akten und den Wahrnehmungsberichten der Kantonspolizei gebe es keine Hinweise auf ein strafbares Verhalten. Der Entscheid ist noch nicht rechtskräftig. (SDA)

Intersexualität Längere Frist vorgeschlagen, das Geschlecht zu bestimmen

Zivilstandsämter sollten auf die besonderen Umstände von Eltern mit Kindern, die mit nicht eindeutigen Geschlechtsmerkmalen zur Welt kommen,

mehr Rücksicht nehmen. Die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften (SAMW) empfiehlt, die Frist für die Geschlechtsfestlegung zu verlängern. Nach geltendem Recht muss nach einer Geburt innerhalb von drei Tagen das Geschlecht des Kindes angegeben werden. Die SAMW empfiehlt den Zivilstandsämtern in einer Stellungnahme, diese Frist auf 30 Tage zu verlängern. In diesem Zeitraum liessen sich «für die allermeisten Fälle die nötigen Untersuchungen durchführen». (SDA)

Medien Basler «TagesWoche» baut fünf Stellen ab

Die «TagesWoche» baut bis Ende März fünf Stellen ab. Grund dafür ist eine Kürzung der Unterstützung durch die Stiftung für Medienvielfalt, die von Roche-Miterbin Beatrice Oeri finanziert wird. Nach fünf Jahren sei die Anschubfinanzierung beendet, meldete die Zeitung. Die Stiftung wolle die «TagesWoche» aber weiterhin unterstützen. (SDA)

Anzeige

athleticum

home of sports

GROSSER SALE- SONNTAGSVERKAUF

Folgende athleticum Stores haben für Sie am 18.12.2016 geöffnet:

BAAR | BASEL | BERN-WANKDORF | CHUR | DIETIKON | DIETLIKON | EMMENBRÜCKE | HEIMBERG
HINWIL | PFÄFFIKON | SCHAFFHAUSEN | ST. GALLEN | SUHR | WINTERTHUR | ZÜRICH

ATHLETICUM.CH